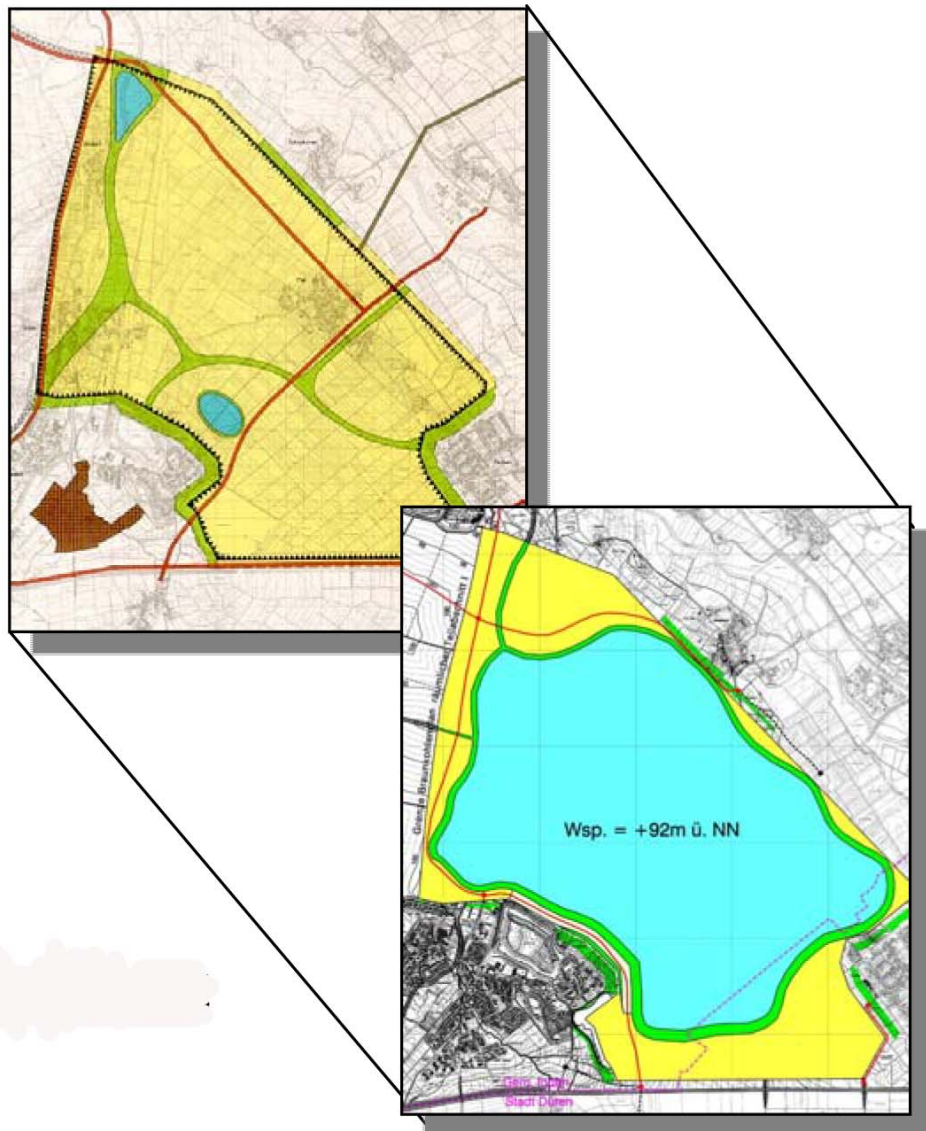




Klima schützen!
Ich bin dabei.

Dorothea Schubert

Tagebau Inden: Restsee oder Verfüllung?



Braunkohlenausschuss entscheidet

Am 5. Dezember 2008 wird der Braunkohlenausschuss¹ über den Restsee Inden beschließen².

Die Bezirksregierung Köln empfiehlt die Aufstellung des Braunkohlenplanes und damit die Vorlage des Planes zur Genehmigung durch die Landesregierung NRW.

Im Beschlussvorschlag wird die Planänderung hin zu einem Restsee Inden statt einer Verfüllung und weitgehenden landwirtschaftlichen Rekultivierung als „vernünftige Lösung“ (Hervorhebung im Original) bezeichnet,

- da er für die Zukunft bessere Entwicklungspotentiale erschließe als eine Verfüllung,
- da der Restsee technisch und ökologisch sicher machbar sei
- und da er ökologisch vorteilhafter sei als die bisherigen Verfüllungsvorgaben.

Außerdem bestehe im Vergleich mit der Verfüllung an der Realisierung eines Restsees ein größeres öffentliches Interesse.

Der BUND NRW stellt dazu fest:

- Die Restsee-Lösung ist nicht vernünftig, da durch die Anlage eines 1.140 ha großen und 180 m tiefen Sees zukünftigen Generationen die Möglichkeit einer bedarfsgerechten Gestaltung dieser Fläche genommen wird.
- Die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale können nur erschlossen werden, wenn es finanzielle Unterstützung zur Strukturentwicklung gibt. Eine vergleichbare Entwicklung ist bei gleicher finanzieller Hilfe auch auf der Fläche eines vollständig verfüllten und rekultivierten Tagebaus möglich, wurde aber nicht untersucht.
- Die technische und sichere Machbarkeit eines Restsees dieser Größenordnung ist bei den zu erwartenden Zeiträumen und bei sich veränderndem Klima Spekulation. Es gibt keine vergleichbaren Projekte.
- Die „ökologische Vorteilhaftigkeit“ eines Restsees kommt durch mathematische Manipulation zustande, indem die Gesamtfläche des Sees als ökologisches Entwicklungspotenzial betrachtet wird, tatsächlich aber 85 % der Fläche für immer eine ökologische Wüste bleiben und die 15 % ufernahe Wasserbereiche in Konkurrenz mit den verschiedenen Nutzern treten werden.
- Das „größere öffentliche Interesse“ am Restsee ist durch massive einseitige Propaganda und Einflussnahme durch RWE Power zustande gekommen.

RWE Power will Geld sparen

Mit dem Beschluss zum Restsee Inden wird sich RWE wieder mal auf Kosten der Braunkohleregion einen wirtschaftlichen Vorteil verschafft haben. Ein Restsee Inden bedeutet für den Energiekonzern:

- Kein Bau eines Transportbandes bis zum Tagebau Hambach + Betrieb für ca. 20 Jahre + Rückbau, alles inklusive Schutz vor Feinstaubemissionen (+ Ausgleichsmaßnahmen für den Eingriff).
- Keine sorgfältige Verfüllung und Aufbau eines Untergrundes für eine zukünftige langfristige Nutzung.

¹ 11:00 Uhr, Dienstgebäude der Bezirksregierung, Zeughausstraße 2-10, Plenarsaal

² Beschlussfassung des Braunkohlenausschusses über die Anregungen im Braunkohlenplanänderungsverfahren Inden, Räumlicher Teilabschnitt II, geänderte Grundzüge der Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung sowie über die Aufstellung des Braunkohlenplanes.

- Keine Suche nach Löss (z.B. im Gebiet Garzweiler) um dem Anspruch der Landwirtschaft nach halbwegs gleichwertigen Ersatzböden gerecht zu werden, denn die geringen Lössvorräte im Abbaugbiet Inden wurden bei der Verlegung der Inde mit verkippt und nicht – wie vom Braunkohlenausschuss gewünscht – zwischengelagert.
- Keine jahrelange Bewirtschaftung (7 Jahre) der neuen Felder (1.000 ha mehr als mit Restsee) durch RWE-Schirrhöfe, ehe die Landwirtschaft die Flächen zurückbekommt.

Wenn man die Einsparungen des Konzerns mit mehreren hundert Millionen Euro einschätzt, liegt man sicher nicht falsch. Nach Presseberichten soll RWE Power bis zu 250 Millionen Euro sparen. Außerdem hat RWE Power, nachdem der Beschluss zur Einleitung des Braunkohlenplanänderungsverfahrens erfolgt war, der Indeland GmbH, einer kommunalen Gesellschaft zur Entwicklung von Projekten rund um den Tagebau Inden, eine „großzügige“ Spende zukommen lassen. Danach soll die Indeland GmbH 10 Mio. Euro in 15 Jahrestanchen von 666.000,- Euro erhalten. RWE Power ist mit beratender Stimme im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten.³

Darüber hinaus hat RWE Power mit Datum 12. September 2008 eine „Erklärung zum weiteren Engagement bei der Entwicklung der Region im Umfeld des künftigen Sees Inden“⁴ abgegeben. Darin ergeht sich RWE in Allgemeinplätzen und verspricht vieles, wozu sie laut Braunkohlenplan sowieso verpflichtet sind. Zu weiteren finanziellen Zusagen konnte RWE nur durch massiven politischen Druck gebracht werden.

Interessant ist, dass in der Vorbemerkung der oben genannten Erklärung genau die Formulierungen auftauchen, die auch von der Bezirksregierung in der Beschlussvorlage für den Braunkohlenausschuss verwendet werden:

„Die Änderung des Braunkohlenplanes Inden II in Richtung auf eine Teilverfüllung des Tagebaus und Anlage eines Sees findet in der betroffenen Region weitgehende politische und gesellschaftliche Unterstützung. Die regionalwirtschaftlichen Vorteile einer solchen Planänderung sind in dem dazu von der Bezirksregierung in Auftrag gegebenen Prognos-Gutachten überzeugend dargelegt. Auch die ökologische Vorteilhaftigkeit eines Sees gegenüber einer Verfüllung ist gutachterlich belegt.“

Noch im Juni 2008 wurde das Prognos-Gutachten⁵ in einer internen Sitzung des Braunkohlenausschusses von den kommunalen Vertretern kritisch betrachtet. Es zeigt vor allem die eventuelle positiven Entwicklungsmöglichkeiten für die Regionalwirtschaft auf, weist aber darauf hin, dass diese Entwicklung unterstützt und finanziell gefördert werden muss. Es gibt aber keine Aussagen darüber, ob eine verfüllte Tagebaufläche nicht eine gleichwertige Entwicklung bei ähnlicher Förderung ermöglichen würde. Also erscheint der Indesee als die Gans, die irgendwann in der Zukunft goldene Eier legen soll.

Überzeugend ist aus Sicht des BUND NRW ein solch einseitiges Gutachten in keiner Weise.

Restsee oder Verfüllung?

Beantragt wurde die Änderung des 1989 beschlossenen Braunkohlenplanes Inden von der Gemeinde Inden, die mit dem Tagebau Inden II eine große finanzielle Last zu tragen hat. Die ersten Umsiedlungen (die Ortsteile Inden und Altdorf) wurden vor 20 Jahren durchgeführt. Umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen waren notwendig, für die es finanzielle Unterstützung gab. Jetzt muss der Ortsteil Pier weichen und die meisten Einwohner gehen der Gemeinde Inden verloren, denn diese haben sich mehrheitlich für einen Umsiedlungs-

³ LT-Drucksache 14-4620 Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten reiner Priggen: Wie hoch sind die Kosteneinsparungen bei einem Verzicht auf die Verfüllung des Restloches für den Tagebau Inden II?

⁴ Unterlagen für die 136. Sitzung des BKA am 05.12.2009, BKA-Material top03_anl3 unter www.bezreg-koeln.nrw.de

⁵ PROGNOSE: [Studie "Analyse der Auswirkungen auf die Regionalwirtschaft durch eine geänderte Wiedernutzbarmachung des Tagebaus Inden II"](#)

standort in Langerwehe entschieden. Das Gemeindegebiet wird über Jahrzehnte erheblich verkleinert. Von einem Restsee erhofft sich die Gemeinde (auch auf Grund der unvollständigen Darstellung des Prognosegutachtens) eine etwas bessere wirtschaftliche Zukunft als mit der Verfüllung und weitgehenden landwirtschaftlichen Rekultivierung des Tagebaus. Interessant ist dabei auch noch, dass die Gemeinde Inden bei RWE Power 9 Mio. Schulden hat, da RWE zuviel Gewerbesteuer gezahlt hatte.

Auch die anderen zukünftigen Anlieger (bis auf die Gemeinde Merken) haben jetzt schon die Euros vor Augen, die mit einem See vielleicht gemacht werden könnten, ohne zu realisieren, dass der Indesee erst unseren Enkeln vollständig zur Verfügung stehen wird.

Um den Restsee besser verkaufen zu können, hat die Bezirksregierung die Umschreibung, der Restsee Inden sei „ökologisch vorteilhafter als die bisherigen Verfüllungsvorgaben“ gewählt (oder bei RWE abgeschrieben).

Die bisherigen Rekultivierungsvorgaben im Braunkohlenplan Inden II beinhalten

- ca. 1479 ha = 85 % landwirtschaftliche Fläche (einschließlich Grünland)
- ca. 17 ha = 1 % Waldfläche (einschließlich Freiflächen und Feuchtbiotope)
- ca. 64 ha = 4 % Wasserfläche
- ca. 175 ha = 10 % Straßen, Wege und Siedlungen.

Die geplanten Rekultivierungsvorgaben verteilen sich wie folgt:

- ca. 470 ha = 27 % landwirtschaftliche Fläche (einschließlich Grünland)
- ca. 115 ha = 7 % Waldflächen (einschließlich Freiflächen und Feuchtbiotope auch als Seeböschung)
- ca. 1.120 ha = 64 % Wasserfläche
- ca. 20 ha = 1 % Straßen
- ca. 10 ha = 1 % Grünauflockerung

Wie kann man daraus jetzt eine ökologische Vorteilhaftigkeit ableiten?

Ganz einfach, indem man die landwirtschaftliche Fläche in der ursprünglichen Planung als nicht ökologisch definiert, die geplante Seefläche aber durchaus.

Dabei übernimmt die Bezirksregierung Köln die von RWE Power vorgegebene Formulierung aus der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU-Studie):

„Das Konzept der teilweisen Verfüllung und Anlage eines Restsees ermöglicht die Gestaltung ganz unterschiedlicher Standorte und Biotope und damit im Vergleich zu heute eine Aufwertung der ökologischen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet mit Schwerpunkt auf dem Biotoptyp „Stillgewässer“ und „aufgrund der Größe des geplanten Restsees ist die besiedelbare Fläche für die auf diesen Biotoptyp angewiesenen Arten im Vergleich zur Wiedernutzbarmachung nach genehmigtem Braunkohlenplan um ein Vielfaches größer.“⁶

Die zweite Behauptung ist natürlich Unsinn, denn der geplante Restsee ist vor allem eine ökologische Wüste. 85 % der Gewässerfläche liegt über einem sehr tiefen See fast ohne ökologische Bedeutung und nur der 15 % umfassende ufernahe Bereich kann möglicher Weise ökologische Entwicklungsmöglichkeiten bieten, wenn

⁶ RWE Power: Angaben über die Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich Umweltprüfung, S. 20

er nicht für andere – wirtschaftliche – Nutzungen überplant wird. Das wären 70 bis 140 ha der 1.120 ha großen Restseefläche.

Eine ökologische Wüste wird der Restsee mit 180 m Tiefe auf jeden Fall bleiben, auch wenn man Unmengen Fische für die Angler aussetzt, die durchreisenden Zugvögel sich dort niederlassen oder der See von Segelbooten „belebt“ wird.

Eine vollständig rekultivierte Fläche mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Nutzfläche und der Anlage von zwei kleinen Seen, die durchaus zusammen die 14 km Uferlänge des großen Sees erreichen könnten, bieten für die Natur ungleich viel mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Und wenn man – wie im Landwirtschaftsgutachten⁷ – davon ausgeht, dass die Anzahl der Betriebe schrumpfen könnte, hätte die Natur und die naturnahe Erholung wesentlich mehr davon als von 1.120 ha Restsee.

Das „größere öffentliche Interesse an einem Restsee“, das von der Bezirksregierung als demokratische Legitimation für eine Änderung des Braunkohlenplanes festgestellt wurde, ist durch massive einseitige Öffentlichkeitsarbeit des Bergbautreibenden zustande gekommen.

Mehr Infos:

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/tagebaue_im_rheinland/tagebau_inden/restsee_oder_verfuellung/

Kontakt:

Dorothea Schubert, Diplomökologin
Vertreterin der Naturschutzverbände im Braunkohlenausschuss
c/o BUND Kreisgruppe Aachen-Stadt:
An der Schanz 1/R 21, 52064 Aachen
Tel.: 0241 889 14 66
dorothea.schubert@bund.net

⁷ GFL: Analyse der Auswirkungen auf die Landwirtschaft durch eine geänderte Wiedernutzbarmachung des Tagebaus „Inden II“

IMPRESSUM

BUND*hintergrund* wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Autorin:** Dorothea Schubert ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ © BUND NRW November 2008 ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦



Die Grad-Wanderung unseres Klimas

Wenn sich unser Klima um mehr als 2 Grad erwärmt, droht uns eine Kettenreaktion von Katastrophen. Die Folgen der globalen Erwärmung, wie z.B. Überschwemmungen, Wirbelstürme und Krankheiten, sind dann nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Um knapp 1 Grad ist die Durchschnittstemperatur bereits gestiegen. **Höchste Zeit zu handeln!**
www.bund-nrw.de

Fordern Sie unser Infopaket an:
www.bund.net

BUND
FREUNDE DER ERDE
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Fax 030 275 86-440
info@bund.net

Mehr Infos: www.bund-nrw.de